

Marxer: «Je älter desto schwärzer»

Nachwahlbefragung Die Ergebnisse des Liechtenstein-Instituts liefern einen interessanten Einblick in das Wahlverhalten der Wählerinnen und Wähler bei den Landtagswahlen 2017. Alle Fragen kann die repräsentative Umfrage aber nicht beantworten.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Politologe Wilfried Marxer stellte gestern die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage des Liechtenstein-Instituts zu den Landtagswahlen 2017 vor. Der Erkenntnis geben Auskunft über «wer wählt warum, wie und wen». Zu Beginn des Abends beleuchtete Marxer das diesjährige Wahlresultat und gab einen kurzen Rückblick auf den Wahlkampf, welcher seines Erachtens «flach» war. Auch die Abnahme der Bindung eines Wählers an eine Partei liess nach. «Rund ein Drittel der Befragten hat keine feste Parteibindung mehr», sagte Marxer. Das zeigt sich deutlich bei der Wählerwanderung. «Diese Analyse steht aber auf wackeligen Beinen. Denn die Befragten müssen noch wissen, wen sie vor vier Jahren gewählt haben», erklärte der Politologe. Trotzdem zeichnet sich ab, dass vor allem die Unabhängigen (DU), auf Kosten der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), profitiert haben.

In der seit 1997 durchgeführten Nachwahlbefragung konnten die Befragten die Regierungsarbeit während den vergangenen

vier Jahren beurteilen. Dabei zeigte sich, dass die Mehrheit damit zufrieden ist und sich die Beurteilung seit 2013 deutlich verbessert hat. Die Präferenz der Wähler bei den drei Regierungschef-Kandidaten lag mit 48 Prozent bei Adrian Hasler, gefolgt von Thomas Zwiefelhofer mit 34 Prozent und Ecki Hermann mit insgesamt 18 Prozent der Stimmen. Dabei spielt unter anderem die Parteizugehörigkeit eine Rolle. Die meisten FBP-Wähler geben ihre Stimme Adrian Hasler, obwohl 15 Prozent Thomas Zwiefelhofer von der VU als Regierungschef gewählt hätten. «Vor allem bei der Freien Liste verteilen sich die Stimmen auf alle Kandidaten», erklärte Marxer.

«Tradition ist kein Wahlargument»

Der hauptsächliche Wahlgrund war bei den Wählern der Freien Liste und DU klar das Programm. Die VU-Wähler entschieden aufgrund des Landtagsteams und die der FBP wegen der Tradition. Dazu sagte Marxer: «Tradition ist ein wichtiges Motiv, sollte aber kein Wahlargument sein.» Bei der Parteienwahl nach Alter zeigt sich, dass die Freie Liste bei den 18- bis 34-Jährigen sehr gut abgeschnit-



Der Politologe Wilfried Marxer gab unter anderem Einblick in die Zufriedenheit der Wähler mit der Demokratie. Hier ist die Stimmung in Liechtenstein positiv.
Bild: Tatjana Schnalzger

ten hat, hingegen waren die grossen Parteien im Vergleich mit den anderen Alterskategorien bei den jungen Wählern weniger beliebt. Die Wähler der Vaterländischen Union sind hauptsächlich zwischen 35 bis 54 Jahre alt. Die Unabhängigen wählten eher die Randgruppen, sprich die Jüngsten und die Ältesten. In Bezug auf das Alter der Wählerschaft der FBP sagte Marxer: «Je älter desto schwärzer.» Eine andere Unterteilung der Parteienwahl richtete

sich nach dem Status quo bzw. der Veränderungsfreudigkeit der Wähler. «Hier stellt sich heraus, dass die FBP-Wählerschaft eher konservativ in Bezug auf Veränderungen eingestellt ist und die Wähler der Freien Liste sich pro Veränderung aussprechen», führte er aus. Bei der VU- und der DU-Wählerschaft ist keine der Antwortmöglichkeiten extrem ausgeprägt. Die Umfrage gab zudem Einblick in die Einstellung der 505 Befragten zu unterschiedlichen

Sachthemen. Die Direktwahl der Regierung war ein Thema. Dort sehen vor allem VU- und FBP-Wähler keinen Handlungsbedarf, die Wähler der kleinen Parteien aber schon. Insgesamt ergibt sich aber trotzdem eine ausgeglichene Bilanz. Bei der Frage, ob die Zuwanderung gelockert werden soll oder nicht, war sich die Mehrheit mit 55 Prozent einig, dass es keine Lockerung geben soll. Die Finanzpolitik war ein weiteres Thema. Vor allem aus dem Lager der DU-

Wählerschaft gab es kritische Stimmen, sie bezeichneten den Umgang als sorglos. Mit 50 Prozent sprachen sich die Wähler aber für einen guten finanzpolitischen Umgang aus. Auch die Sparpolitik wurde behandelt. Dort sollten die Befragungsteilnehmer Auskunft geben, ob die Sparprogramme in Ordnung sind oder ob zu viel gespart wurde. Das führte für Marxer zu einem unerwarteten Ergebnis: «Die Mehrheit mit 56 Prozent sieht in der Sparpolitik kein Problem.» In der OKP-Auseinandersetzung waren die meisten auf der Seite der Regierung.

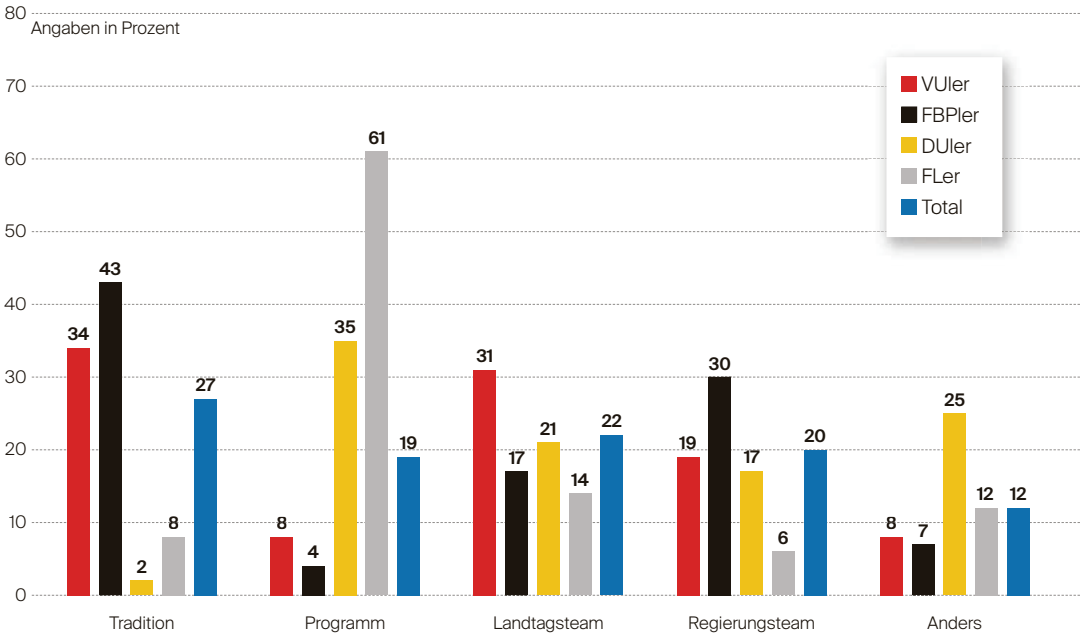
Wähler besuchten Webseiten der Parteien nicht

Einen guten Start legte die Internetseite wahlhilfe.li hin. 44 Prozent der Befragten gaben an, die Hilfestellung genutzt zu haben. Die Internetseiten der Parteien fielen hingegen durch. 67 Prozent gaben an, niemals eine Seite besucht zu haben.

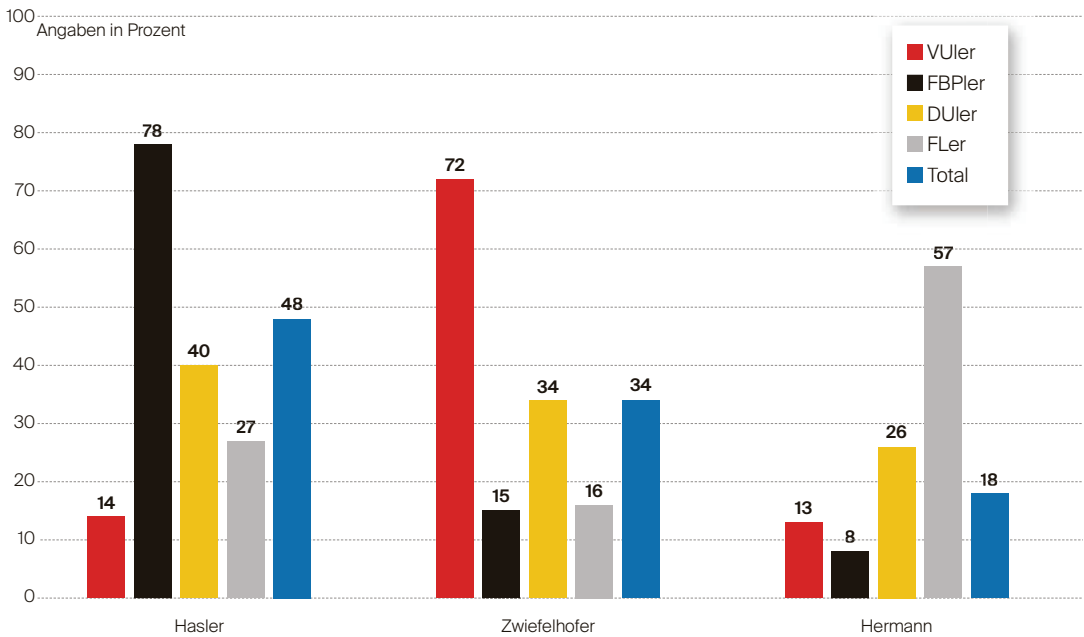
Mehr zum Thema

Alle Umfrageergebnisse und Grafiken finden Sie unter www.liechtenstein-institut.li.

Hauptsächlicher Wahlgrund



Präferenz bei den drei Regierungschef-Kandidaten



Frauenanteil: «Auf Ebene eines Entwicklungslands»

Was ist bei den letzten Landtagswahlen bloss geschehen? Warum ist der Frauenanteil von ohnehin schon «schwachen» 20 auf 12 Prozent gesunken? Warum wurden zwei Frauen «abgewählt» und warum wurde nur eine Frau neu gewählt? All diese Fragen kann auch Politologe Wilfried Marxer nicht beantworten. Doch weil das Thema Frauenquote seit dem 5. Februar wieder in aller Munde ist, hat er den Aspekt «Frauen und Männer» in seiner Nachwahlbefragung zu den Landtagswahlen berücksichtigt und in die Ergebnisse einfließen lassen.

Müssen Frauen bewusst bevorzugt werden?

Um das gesamte Ausmass des traurigen Ergebnisses aufzuzeigen, blickte Wilfried Marxer

auch in die Vergangenheit und zeigte auf, dass Frauen bis fast ins Jahr 2000 hinein keine bzw. nur sehr geringe Chancen hatten, gewählt zu werden. Bei fünf Wahlen von 1986 bis 1997 wurde vier Mal nur eine einzige Frau in den Landtag gewählt, einmal waren es zwei. 2001 wurden drei Frauen gewählt, 2005 und 2009 waren es sechs und damit Höchststand. Dann scheint sich die Situation normalisiert zu haben – Liechtenstein näherte sich im internationalen Vergleich an Länder wie die Schweiz, Österreich oder Deutschland an. Dort stagniert der Anteil der Frauen in der Zwischenzeit übrigens bei rund 30 bis 35 Prozent. Immerhin. Völlig untypisch und entgegen diesem internationalen Trend ist die «Frauen»-Kurve in Liechtenstein aber wieder gesun-

ken, und zwar auf die Ebene «Entwicklungsland», wie Wilfried Marxer bestätigte. Auf der Liste der Interparlamentarischen Union, die den Frauenanteil in den nationalen Parlamenten weltweit erfasst, ist Liechtenstein von Rang 92 auf Rang 145 von rund 190 Staaten abgerutscht. Könnte dies daran liegen, dass zwei Drittel der Wähler Frauen nicht bewusst bevorzugt haben bzw. gar nicht darauf geachtet haben, wie die Umfrageergebnisse zeigen? Und wenn es denn wirklich so ist, dass Frauen bewusst bevorzugt werden müssen – auch darüber kann man sich streiten – warum sprechen sich dann 55 Prozent der Befragten gegen eine Frauenförderung in der Politik aus? Diese und viele weitere Fragen vermag Wilfried

Marxer nicht zu beantworten – wie soll er auch. Allerdings kann er aufzeigen, dass Frauen solange keine Chance haben, solange sie von den eigenen Listen gestrichen werden. Zwar heimsten sie vor allem bei der VU – viele Sympathiestimmen ein. «In der Summe hat es aber doch nicht gereicht», so Wilfried Marxer. Ganz generell kann der Politologe feststellen, dass das Liechtensteiner Unterland frauenfreundlicher gewählt hat – zumindest, wenn er sich die Wahllisten der VU ansieht. Denn bei der FBP und der DU hätten Frauen hier wie dort keine Chance gehabt. Ganz anders sieht es wiederum bei der Freien Liste aus: Hier werden Frauen gewählt – allerdings bekommen die Männer wiederum mehr Sympathiestimmen. «Es wird also von allen Parteien

quer hineingefunkt», so Marxer.

«Auf jeden Fall darüber diskutieren»

Wie soll es nun weitergehen? Guter Rat ist teuer. Auf jeden Fall muss darüber diskutiert werden, ist Wilfried Marxer überzeugt. Darüber, auf welcher Ebene etwas unternommen wird, um die Stellung der Frau zu verbessern. Müssen es Quoten auf Listen oder Quoten für Mandate sein? Oder geht es über den Umweg, dass Frauen in Parteien und Politik generell besser gefördert werden? Müssen Frauen in Verwaltung, bei Stellenbesetzungen, Kommissionen, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden mehr in die Öffentlichkeit gerückt werden? Und wie kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden? Immerhin sprechen sich 62 Pro-

zent der Befragten dafür aus, dass in diesem Bereich mehr getan werden sollte. Wilfried Marxer griff auch erneut die Idee eines Zweikammerparlaments – also eines Frauen- und Männerparlaments – auf und hofft, dass zumindest darüber diskutiert wird. «Es mag sich utopisch anhören, aber: Eventuell könnte das ein neuer Weg sein. Die Menschenrechts- und Gleichstellungspolitik würde auf völlig neue Beine gestellt. Und ich bin mir sicher: Darüber würde die ganze Welt reden.» Alles in allem gibt es viele Möglichkeiten, wie die Stellung der Frau in der Politik verbessert werden könnte. Aber, das weiss auch Wilfried Marxer: «Ohne Garantie, dass sich etwas verändert.»

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li